

**Ergebnisprotokoll über die Sitzung des
Kreistags am 22. Oktober 2012**
in der Gemeindehalle in Spiegelberg

Öffentlich

Anwesend:

Der Vorsitzende: Landrat Fuchs

76 Kreisrätinnen und Kreisräte: Kölz (ab 16:35 Uhr)

Entschuldigt: Abramzik, Ellwanger, Halder, Jäger, Kelemen, Kiesl,
Mast, Pauli, Payr, J. Schaal, Völker

Ferner: Erster Landesbeamter Friedrich
Dezernent Bauer
Kreiskämmerer Geißler
Oberregierungsrat Dr. Sigel
Sozialdezernentin Dr. Längle-Sanmartin
Herr Geschäftsführer Winter, Rems-Murr-Klinik
Frau Bayer, Rödl & Partner (Top 3)

Leitende Beamte und Beschäftigte des Landkreises

Gäste

Presse

Der Schriftführer: Kreisoberamtsrat Hasert

Beginn der öffentlichen Sitzung: 14:30 Uhr

Ende der öffentlichen Sitzung: 16:45 Uhr

§ 1

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Jahr 2013

Drucksachen 2012-79-KT-22.10., 2012-79a-KT22.10., 2012-80-KT22.10., 2012-81-KT22.10., 2012-82-KT22.10.

Landrat Fuchs bringt den Entwurf des Haushalts 2013 in den Kreistag ein und legt dar:

„Liebe Kreisrätinnen und Kreisräte,
meine Damen und Herren,

- I. Nach einer Durststrecke durch die Jahre 2011 und 2012 steht der Haushalt 2013 wiederum auf finanziell stabilerem Grund.
 - Das ist zu verdanken:
der erfolgreichen Aufholjagd unseres Mittelstands nach der Wirtschaftskrise 2008/2009;
 - einer positiven Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Kreis bei durchschnittlich 3,9 %;
 - aber auch einer Entlastung bei den Sozialleistungen um 8,6 Millionen Euro infolge der stufenweisen Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund.

Erfreuliche Signale zeigt das Rechnungsergebnis für 2011, das im ordentlichen Ergebnis eine Verbesserung von 13 Millionen Euro gegenüber der Planung ausweist. Entsprechend dem Kreistagsbeschluss wurden 10,3 Millionen Euro zur Finanzierung von Investitionen und damit zur Reduzierung der Schuldaufnahme verwendet. 5,1 Millionen Euro wurden für Folgejahre in die Rücklage gegeben. Auch der Haushalt 2012 liegt mit voraussichtlich 1,6 Millionen Euro über Plan.

II. Licht und Schatten beim Blick auf 2013

Wo Licht ist, ist auch Schatten – die kreiskommunale Finanzmittelplanung gleicht nach wie vor eher einer Achterbahn, Zukunftsprognosen erinnern an ein ‘Stochern im Nebel’. Der Blick auf 2013 ist somit kein Anlass zu Euphorie und Entspannung, auch nicht zu Depression und Pessimismus, sondern eher zu nüchterner Bescheidenheit und Vorsicht.

Gründe hierzu sind:

- die Eurokrise, die nach wie vor exorbitante Staatsverschuldung und nicht zuletzt der lahmende private Konsum schüren Unsicherheit, ob die Konjunkturblüte 2010/2011 bereits wieder zu welken droht – nicht ohne Grund haben die Wirtschaftsweisen und inzwischen auch die Bundesregierung ihre Wachstumsprognosen für 2013 auf 1 % zurückgeschraubt. Das heißt der Blick auf die zukünftige Steuerentwicklung verlangt auch von der öffentlichen Hand Zurückhaltung.
- Das wird auch daran deutlich, dass die kommunale Steuerkraftentwicklung für 2013 in unserem Landkreis mit lediglich 6,5 % im Vergleich zur Region Stuttgart mit 18 %, beziehungsweise dem Regierungsbezirk Stuttgart mit 14 % weit hinter den Erwartungen zurückbleibt.

Nur zum Vergleich: Esslingen erhält bei gleichbleibendem Hebesatz infolge 16 % Steuerkraftzuwachs 30,1 Millionen Euro mehr Kreisumlage, Böblingen mit – sage und schreibe 40 % mehr Steuerkraft, 63,4 Millionen Euro mehr. Der Rems-Murr-Kreis verzeichnet lediglich 10,3 Millionen Euro Mehreinnahmen. Mitursächlich hierfür ist, dass unser Landkreis aufgrund der in weniger schwankungsanfälligen Märkten angesiedelten Leitbranchen nicht so stark vom wirtschaftlichen Abschwung betroffen war, wie die Nachbarschaft im Verdichtungsraum Stuttgart.

- Auch die Entlastungswirkung durch die dritte Stufe der Beteiligung des Bundes an der Grundsicherung im Alter fällt im Saldo bescheiden aus. Die 'Mehreinnahmen' von 8,6 Millionen Euro, werden im Sozialbereich fast vollständig kompensiert durch:
 - Vergütungserhöhungen aufgrund tariflicher Aufbesserungen und Fallzahlsteigerungen in der Eingliederungshilfe: Wir rechnen mit über 6,1 Millionen Euro mehr;
 - Vergütungserhöhungen bei der Hilfe zur Pflege mit über 1 Millionen Euro;
 - Fallzahlensteigerungen und Regelsatzanpassung bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen von über 1,9 Millionen Euro;
 - und erhebliche Steigerungen bei den Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler mit 1,2 Millionen Euro.

- Erfreulich sind Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen in Höhe von 6,1 Millionen Euro. Hierdurch werden Spielräume geschaffen zugunsten einer Senkung von Kreisumlage und Schuldenlast.

III. Zwischenergebnis

In ihrer Gesamtbetrachtung erinnert die Zahlenarithmetik des Haushalts 2013

- an ein eng und schlank geschnürtes Korsett,
- das im Grunde die Kernverpflichtungen – Soziales, ÖPNV, Gesundheitswesen und Personal – bedient. Allein diese beanspruchen schon 58 % des Ergebnishaushaltes der insgesamt 397 Millionen Euro umfasst.
- Auch im investiven Bereich praktizieren wir eher 'Schmalhans Küchenmeister' als 'Gourmet-Küche':
 - im Finanzhaushalt konzentrieren sich die großen Ausgabeposten auf
 - die energetische Sanierung unserer kreiseigenen Schulen mit 2,0 Mio. Euro
 - den Kreisstraßenbau mit netto 3,3 Millionen Euro
 - und schließlich die Tilgungs- und Investitionsumlage an den Verband Region Stuttgart für S-Bahn/S21 mit 3,0 Millionen Euro
- Erfreulich ist, dass der Entwurf des Haushalts 2013 unter Berücksichtigung der nachträglich eingetretenen Ergebnisverbesserung in Höhe von 10,3 Millionen Euro verspricht.
- Die Verwaltung schlägt vor diesen Spielraum für
 - eine Senkung der Kreisumlage um einen %-Punkt auf nunmehr 39 %-Punkte vorzunehmen – das entspricht einer Wenigereinnahme von 4,3 Millionen Euro gegenüber einem Hebesatz von 40 %,
 - und darüber hinaus 2,1 Millionen Euro Schulden zu tilgen, so dass zum Jahresende 2013 die Schulden des Kreises sich auf 72,8 Millionen belaufen.

- Ich denke, dies sind Signale, die auch den aus allen Fraktionen angemahnten Erwartungen Rechnung tragen. Ich wünsche mir, dass auch das Land angesichts sprudelnder Steuerquellen konsequenter seine Haushaltskonsolidierung vorantreibt.

IV. Einzelmerkmale des Haushaltes 2013

Lassen Sie mich einige strukturell wesentliche Bausteine des Haushaltsentwurfes ansprechen:

1. Sozialbudget:

Eine Region, die zum Motor der wirtschaftlichen Prosperität in Europa zählt, in der Weltmarktführer, Patente und Innovationen eine Spitzenstellung einnehmen und mit einer Bevölkerung, die nach den Regionen München, Frankfurt und Hamburg über das höchste Lohnniveau verfügt, muss sich auch ihrer Verantwortung gegenüber den Mitmenschen bewusst sein, die in finanzieller Not oder mit Behinderungen leben, die obdachlos, arbeitslos oder pflegebedürftig sind. Die Landkreise übernehmen treuhänderisch für ihre Städte und Gemeinden finanzielle Hilfen, Beratung, Intervention und Prävention für die eher am Rande der Gesellschaft lebenden Mitmenschen. Wir sind somit das Sozialamt für unsere Kreisbürger. Demographie, und die seit Jahrzehnten zu beobachtende Übertragung erzieherischer, pflegerischer und versorgender Funktionen von den Familien auf die öffentliche Hand machen die professionelle und dementsprechend vergütete Wahrnehmung dieser Aufgaben notwendig. Es ist wahrlich nicht hausgemacht, wenn zwischenzeitlich 42 % des Ergebnishaushaltes oder 99,5 % der Kreisumlage für Hilfen im Jugend und Sozialbereich beansprucht werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich mir die Anmerkung erlauben, dass sich meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozial- und Jugendamt und auch im Jobcenter nicht als Vertreter eines 'Wohlfühlunternehmens' verstehen. Sie leisten einen verdammt harten Job, wenn es um Kindesmisshandlung, Streit und Gewalt oder seelische Erkrankung in der Familie, Scheidungsfolgen, Verwahrlosung, Drogen oder auch schwerstmehrfach behinderte Mitmenschen geht.

Lassen Sie mich einmal exemplarisch aufzeigen, wie sich unsere lokale Verantwortung gegenüber Mitmenschen in Notlagen finanziell darstellt:

- Allein nach Waiblingen fließen jährlich rund **11 Millionen Euro** Jugend- und Sozialhilfeleistungen, (dazu zählen u.a. Hilfen zur Erziehung, Hilfe zur Pflege, Grundsicherung, Eingliederungshilfe, und Leistungen aus dem Bildungspaket);
- Rudersberg erhält 1,8 Millionen Euro
- und auch Kaisersbach partizipiert mit immerhin noch 670.000 Euro am Sozial- und Jugendhilfebudget des Landkreises.
- Nicht eingerechnet sind Hilfen im Rahmen des SGB II für Kosten der Unterkunft in geplanter Höhe von 43,7 Millionen, das Engagement beim Ausbau der Tagespflege, sowie Beratungsleistungen durch verschiedene soziale Dienste.

2. Zukünftige Herausforderungen im Sozialbereich

Die sozialen Sicherungssysteme werden auch in den kommenden Jahren die finanzielle Ressourcen der Landkreises strapazieren.

- **Inklusion:**

Die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Alltag – vom Kindergarten bis zum Seniorenheim, in der Bildung, bei der Arbeit und Freizeit – ist für mich eine der größten 'Sozial-Baustellen' des 21. Jahrhunderts.

Aber: Auch Rom wurde nicht an einem Tag erbaut und Sonntagsreden mit überzogenen Erwartungshaltungen sind wenig hilfreich.

Der Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft verlangt Geduld, Ausdauer und eine bessere Finanzierung. Erforderlich ist aber auch ein grundlegender Bewusstseinswandel. Viele leben noch im Glauben, dass sie das Thema Behinderung nichts angeht. An der Basis bedarf es noch viel Aufklärung und Überzeugungsarbeit – bei Angehörigen aber auch Profis der traditionellen Behindertenhilfe.

Wir sollten auch nicht das 'Kind mit dem Bad ausschütten' – eine Welt der 'totalen Inklusion' ist für mich aus Gründen der Humanität und dem zu respektierenden Wahlrecht der Betroffenen nicht vertretbar. Niemand wird sich der Integration von Kindern mit Behinderung in der Regelschule verschließen. Ein Zwang zur Gemeinsamkeit ist allerdings nicht zielführend. Es gilt, Freiräume für individuelle Entschei-

dungen zu erhalten – für die Eltern und vor allem ihre behinderten Kinder. Deshalb werden wir auch zukünftig beides brauchen:

- Die Öffnung der Regelschule für behinderte Kinder,
- aber auch die beschützte und individuell auf die spezifischen Förderbedürfnisse des Kindes eingehende Sonderschule.

Das Land sollte nicht länger zögern mit der überfälligen Änderung des Schulgesetzes. Was wir brauchen sind Leitplanken und Orientierung, aber auch finanzielle Rahmenbedingungen für Lehrerstellen, Betreuungskräfte und eine auf ein inkludiertes Schulsystem angepasste Infrastruktur.

Und vom Bund bleibt zu hoffen, dass das vom Bundesrat für die Zustimmung zum 'Fiskalpakt' herausgehandelte 'Bundesleistungsgesetz', mit dem sich der Bund an den Kosten der Eingliederungshilfe zu beteiligen beabsichtigt, auch wirklich in der kommenden Legislaturperiode verabschiedet wird. Abzulehnen wäre allerdings eine reine 'Bundesauftragsverwaltung'. Was Sinn macht, sind die 'breiten Schultern' des Bundes in finanzieller und die sensiblen Fingerspitzen der Landkreise in operativer Hinsicht.

3. Asyl

Der Zuwanderungsdruck von Asylsuchenden hat in den vergangenen Monaten wieder erheblich zugenommen. Die Unterbringungskapazität mit 485 Plätzen bei uns im Landkreis ist erschöpft. Die Situation hat sich inzwischen so zugespitzt, dass seit verganginem Wochenende 10 Personen nur noch notdürftig auf Matratzenlager untergebracht werden konnten. Bis Ende des Jahres 2013 ist bei unverändert hohen Zugangszahlen mit einer Unterbringungsverpflichtung von über 500 neuen Flüchtlingen zu rechnen. Wir stehen buchstäblich mit dem Rücken zur Wand. Händeringend suchen wir in den Städten und Gemeinden unseres Landkreises nach geeigneten und auch finanziell tragbaren Unterkünften. Ich werbe auch hier für mehr gegenseitiges Verständnis und Unterstützungsbereitschaft.

Aber auch das Land ist in der Pflicht. Die bisherige Unterbringungs pauschale über 10.430 Euro muss dringend korrigiert werden, besser wäre eine Spitzabrechnung. Das

im Juli ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, nach dem Asylbewerbern zukünftig Leistungen nahezu auf dem Niveau der Hartz IV Sätze erhalten, führt zu einem Mehraufwand von mehreren 100.000 Euro. Hinzu kommen 2013 durch die steigenden Flüchtlingszahlen nicht gedeckte Kosten für den Betrieb von Unterkünften sowie die Beratung, die Betreuung, Verpflegung und medizinische Versorgung der zusätzlichen Flüchtlinge in Höhe von voraussichtlich 1,2 Millionen Euro.

Die neue 'Integrationsministerin' plant die Anpassung der verfügbaren Wohnfläche, den Ausbau der Sozialberatung und Sprachkurse. Diesen optimierten humanitären Standards ist sicher nicht zu begegnen, nur muss hier die 'Konnexität' gelten oder 'wer bestellt, zahlt'.

4. Gesundheitswesen:

Wer derzeit die landesweite Krankenhauslandschaft beobachtet, wird unschwer feststellen: in anderen Landkreisen finden erneute Strukturdiskussionen statt: Sei es Esslingen, der Klinikverbund Südwest, Göppingen, Biberach oder auch der Oberschwäbische Klinikverbund – überall zwingen hohen Betriebsdefizite zu weiteren Restrukturierungsmaßnahmen bis hin zu Schließungen.

Ich möchte jetzt nicht behaupten, dass der Rems-Murr-Weg 'den Stein der Weisen' darstellt. Was der Rems-Murr-Kreis aber bewiesen hat, ist der Mut, anstelle einer halbherzigen, eine grundlegende Neuordnung anzugehen. Neben einem Neubau investiert die Rems-Murr-Gesundheitsgesellschaft aktuell an drei Standorten 34 Millionen Euro in Gesundheitszentren zur besseren Vernetzung von ambulanter und stationärer Versorgung, einem flächendeckenden Notfallpraxiskonzept und der Optimierung in der Notarztversorgung. Auch die Nachnutzung auf den stillzulegenden Standorten kommt voran.

Die stationäre Gesundheitsversorgung leidet seit Jahren an 'chronischer Unterfinanzierung':

- Mehrleistungsabschläge,
- bzw. doppelte Degression bei Mehrleistungen,
- eine immer weiter aufklaffende Tarifschere,

- eine vollkommen unauskömmliche Investitionsfinanzierung,
- permanente normative Eingriffe (jedes Jahr ein neues Gesetz) bieten keine Ansätze für eine strategische Langfristplanung.
- und ein immer bedrohlicherer Notstand bei der Rekrutierung von Ärzten und Pflegekräften

sind Gründe, dass eine vorausschauende Finanzplanung immer mehr zum 'Roulettspiel' wird.

Meine Prognose lautet:

- Häuser mit weniger als 200 Betten haben mittelfristig keine Überlebenschance. Nur leistungsfähige Zentralkrankenhäuser und eine konsequente Spezialisierung in der Breite und Tiefe, optimale Prozessabläufe, hervorragende Aufenthaltsqualität und modernste medizinische Diagnosetechnik ermöglichen Wettbewerbs- und damit Überlebensfähigkeit.

Vollkommen irritiert hat mich die Aussage von Sozialministerin Katrin Altpeter gegenüber der Waiblinger Kreiszeitung zu den seit dem Amoklauf beantragten Tagespflegeplätzen für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Ich zitiere:

'Wenn es so schlimm wäre', sagt Katrin Altpeter, hätte das Klinikum Schloss Winnenden, bei dem ja auch der Landrat mitredet, ein Konzept für eine Tagesklinik entwickeln können. Doch bei ihr habe sich niemand gemeldet, 'mir liegt nichts auf dem Tisch.'

Dies ist ebenso falsch wie höchst bedauerlich:

- bereits am 17.04.2009 legt das ZfP-Winnenden ein Konzept für eine ambulante Versorgung im inder- und jugendpsychiatrischen Bereich vor.
- In sämtlichen AR-Sitzungen seit Mai 2009 des Klinikums Schloß Winnenden wird von mir der Fortschritt der kinder- und jugendpsychiatrischen Tagesversorgung angemahnt – die Protokolle hierzu liegen dem Sozialministerium vor,

beim Besuch von der Sozialministerin am 29.11.2011 im Gesundheitszentrum Schorndorf nahm das Thema einen breiten Raum ein,

am 04.01.2012 wurde in einem Schreiben an die Ministerin und Abgeordnete aus dem Landkreis nochmal im Detail Fakten über den Versorgungsnotstand im Kreis übermittelt.

Ich frage mich – wie kann man dann guten Gewissens zu so einer Aussage kommen – bilden Sie sich hierzu ihr eigenes Urteil – ich werde keine Ruhe geben bis hier nicht eine tragfähige Lösung gefunden wurde – wir sind es den Eltern und ihren Kindern schuldig.

5. ÖPNV:

Der öffentliche Personennahverkehr ist Mobilitätsrückgrat, Standortfaktor und zentraler Mosaikstein für aktiven Klimaschutz unseres Landkreises. Der Kampf gegen Feinstaub und CO₂-Emissionen kann nur gelingen, wenn auch zukünftig noch mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Der Kreishaushalt 2013 trägt mit 26,0 Mio. Euro bzw. 63,0 Euro pro Einwohner zur ÖPNV-Finanzierung bei.

Die elf Landkreise im Regierungsbezirk zahlen durchschnittlich lediglich 35,50 EUR pro Einwohner. Allein 6,1 Prozentpunkte der Kreisumlage gehen im Rems-Murr-Kreis auf das Konto der Öffentlichen Verkehrsmobilität.

Lassen Sie mich einige aktuelle Problemstellungen ansprechen:

a) Busbedienung in der Fläche

- Ein Auseinanderfallen von Aufgaben- und Finanzierungsträgerschaft bei den Busverkehren ist eindeutig abzulehnen.
- Wer dies fordert, betreibt eine Aushöhlung von Subsidiarität und originär kreiskommunaler Willensbildung.
- Die reichlich späte Informationspolitik des Verbands Region Stuttgart zu der Verlagerung der Nachtverkehre auf die S-Bahn ist hierzu ein beredtes Beispiel. Schließlich

hat dies dem Kreis Mehrkosten von 170.000 EUR beschert.

b) Wagenmaterial für die Rems- und Murrstrecke

- Eine Zumutung für Pendler auf der Rems- und Murrstrecke ist das 'museumsreife Wagenmaterial'. Die Bundesbahn fährt hier satte Gewinne ein. Im Schwarzwald, nach Tübingen und am Bodensee verkehren zu gleichen Vertragsbedingungen neuzeitliche und klimatisierte Waggonen. Wir werden mit inzwischen vier Mal redesigneten, durchschnittlich 42 Jahre alten, Silberlingen abgespeist. Ich frage mich: Sind wir Fahrgäste 2. Klasse?
- Das Land zögert immer noch, die längst fälligen Modalitäten für die Ausschreibung des 2016 auslaufenden Verkehrsvertrages bekannt zu machen. Dies birgt die Gefahr, dass das Bahn-Monopol verbleibt, weil Wettbewerber zu wenig Zeit haben, um bis zum Start der neuen Vertragslaufzeit Logistik, Fahrzeuge und vor allem auch notwendige Finanzierungsmittel anzubieten.

c) Nachhaltige Finanzierung des Regionalbahnverkehrs

- Weiterhin droht dem Land im Regionalbahnverkehr insbesondere durch die gestiegenen Trassen- und Stationspreise in den nächsten Jahren eine Finanzierungslücke von über 60 Mio. Euro. Dies geht einher mit der angekündigten Revision der vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmittel ab 2014. Eine nachhaltige Finanzierung des Regionalbahnverkehrs steht somit für die Zukunft auf tönernen Füßen. Abbestellungen bzw. ein Kahlschlag im Regionalverkehr werden erheblichen Protest im ländlichen Raum auslösen. Eine Politik 'von der Hand in den Mund' hilft hier nicht weiter.

d) Weiterentwicklung der Tarifstrukturen

- Im Verdichtungsraum ist ein leistungsfähiger ÖPNV 'alternativlos'. Grundvoraussetzung für deren Akzeptanz ist eine attraktive Tarifgestaltung. Der Rems-Murr-Kreis sieht aktuell Nachbesserungsbedarf im Schülerverkehr beim Scool-Abo, bei den Ruftaxis und der Tarifintegration von Alfdorf.

6. Personalhaushalt

Abschließend noch ein Blick auf das Personalbudget, das 2013 61,1 Mio. Euro, das sind 15,11 % des Ergebnishaushaltes, umfasst.

Das Gesamtaufkommen steigert sich

- um 2,3 Mio. Euro
- oder knapp 4 %

Bereinigt man dies um Erstattungen vom Land, der Arbeitsagentur oder des Bundesprojekts 'Lernen vor Ort' beträgt der kreiseigene Kostenanstieg lediglich 1,6 Mio. Euro (2,7 %).

Der Landkreis ist immer mehr einem extern ausgelösten 'Circulus vitiosus' d.h. neuer Verwaltungs- und Rechtsvorschriften, gesteigerter Fallzahl-/Personalrelationen und verschärfter Kontrollpflichten von EU und Bund, zum Beispiel in der Landwirtschaft und dem Veterinärwesen ausgesetzt.

Dazu zählen u. a. das zentrale Waffenregister, der elektronische Aufenthaltstitel, neue Fallzahlvorgaben bei der Amtspflegschaft, erhöhte Anforderungen durch das Bundeskinderschutzgesetz, administrativer Mehraufwand bei der Tageselternbetreuung und der Doppik.

Vielfach übersehen wird, dass 50 % des Personalaufwandes durch Ersätze, Gebühren und Bußgelder gedeckt ist. Beachtlich ist auch, dass das Überstundenkonto unserer Mitarbeiter 34.000 Stunden ausweist.

Auch in der öffentlichen Verwaltung tobt inzwischen der Kampf um die besten Köpfe, der Nachwuchs für Führung und Verantwortung wird immer spärlicher. Dies bedeutet, nur angemessene Arbeitsbedingungen, auskömmliche Gehälter und Perspektiven können in Zukunft Qualität, Kontinuität und Kompetenz gewährleisten.

Unser Personaldezernent, Kurt Bauer, steht wahrlich nicht im Ruf aushäusiger 'Personalkostenmentalität'. Wie die vergangenen Jahre gezeigt haben, ist unser Personalbudget zwar Schwankungen ausgesetzt, aber eher konservativ kalkuliert.

V. Schluss und Dank

Ein Landkreis ist Teil des gesamtgesellschaftlichen Netzwerks. Bürgerorientierter Service, Verlässlichkeit und vor allem Transparenz, aber auch eine fortschrittliche Bildungs-, Verkehrs-, Umwelt- und Gesundheitsinfrastruktur bilden die Grundlagen für Lebensqualität und kommende Entwicklungsperspektiven. Engagierte Menschen tragen mit Leidenschaft und aus Überzeugung zu einer florierenden Wirtschaft, mit großer Solidarität zu sozialer Fürsorge und aus Verantwortung zu einem lebenswerten und attraktiven bürgerschaftlichen Miteinander bei.

Mit ihren Steuern und Abgaben legen sie das Fundament und den Standard öffentlicher Aufgabenerfüllung. Mit diesen uns treuhänderisch überlassenen Mitteln gilt es sparsam und wirtschaftlich zu haushalten.

Ich bedanke mich bei den Dezernenten, insbesondere Herrn Geißler und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Kämmerei – insbesondere Frau Kugler und Frau Wolf und ihrem Team – die mit Sorgfalt und Sachkunde dieses umfassende Programm 'Kommunale Zukunft Rems-Murr 2013' zusammengestellt haben.

Ich freue mich auf spannende und anregende Diskussionen in den Ausschüssen und würde mich freuen, wenn am Schluss in gutem Einvernehmen die Haushaltsplanung 2013 Ihre Unterstützung und Zustimmung finden könnte.

Kreiskämmerer Geißler führt zur Einbringung des Haushalts 2013 aus:

„Sehr geehrter Herr Landrat Fuchs,
sehr geehrte Kreisrätinnen und Kreisräte,
sehr geehrte Besucher und Vertreter der Presse,

als wir fast genau vor einem Jahr den Haushaltsplan für 2012 beraten hatten, sahen wir uns schwierigen Rahmenbedingungen ausgesetzt. Angesichts täglich neuer Entwicklungen in der Schulden- und Finanzmarktkrise fällt es uns auch dieses Jahr schwer, eine verlässliche Haushaltsplanung für das kommende Jahr zu erstellen.

Produktionsstopps und Schichtkürzungen das waren bis zuletzt bei den Premiumherstellern der Automobilbranche kein Thema. Jetzt scheint diese Entwicklung auch in Baden-Württemberg, also bei Daimler und Audi, angekommen. Zahlreiche Autobauer beklagen die Absatzprobleme in Südeuropa und schon macht das Schlagwort von 'Werksschließungen' die Runde.

Keine Frage, die Lage in Europa ist ernst und niemand kann abschätzen, welchen Weg die Eurokrise noch nimmt und wo Europa in wenigen Jahren stehen wird. Trotz dieser Unsicherheiten ist es erfreulich, dass sich bislang weder die Eurokrise noch die gedämpften Konjunkturerwartungen nachteilig auf die Steuereinnahmen in Deutschland ausgewirkt haben.

Seit 2011 gelingt uns im Rems-Murr-Kreis der Haushaltsausgleich nur zum Preis eines landesweiten Spitzenplatzes bei der Kreisumlage. Gleichzeitig war bereits vor einem Jahr abzusehen, dass auch das Jahr 2013 kein leichtes Haushaltsjahr sein wird, nachdem 2013 durch den Parallelbetrieb das Klinikdefizit einen Höhepunkt erreichen wird. Andererseits haben wir auch darauf gehofft, dass die Einnahmen der Kommunen und des Landes wieder üppig sprudeln und wir dann - zeitversetzt über den Finanzausgleich - ebenfalls hiervon profitieren können.

Der wirtschaftliche Aufschwung hält in Deutschland nunmehr schon seit über zwei Jahren an. Aufgrund höherer Steuereinnahmen hat sich die Finanzsituation bei Bund, Ländern und den Kommunen etwas entspannt. Dies trifft teilweise auch für den Haushalt 2013 des Rems-Murr-Kreises und auch die meisten Kommunen im Landkreis zu.

'Das Vergleichen ist das Ende des Glücks und der Anfang der Unzufriedenheit'

(Sören Kierkegaard, dänischer Theologe und Philosoph).

Da ist schon was dran!

Wenn wir unseren Steuerkraftzuwachs mit dem der anderen Verbundlandkreise wie Ludwigsburg, Esslingen und Böblingen vergleichen, bekommen wir feuchte Augen. Bei unseren Nachbarlandkreisen liegen die Steuerkraftsummen, Herr Landrat Fuchs hat es vorher auch in Euro beziffert, was es insgesamt ausmacht, je Einwohnerbezug zwischen 1.121 und 1.501 Euro, bei uns im Vergleich bei lediglich 1.025 Euro.

Also, besser wir lassen das Vergleichen!

Und ich kann einmal zunächst mehr Klage darüber zu führen, dass das Konnexitätsprinzip noch nicht überall streng beachtet wird. Da beschließt z. B. der Bundestag ein neues Vormundschaftsgesetz oder kurze Zeit später ein Kinderschutzgesetz. Doch dieses Mehr, dieses Mehr an sozialer Gerechtigkeit und an Perfektion haben ihren Preis und zwar in Form höherer Personal- und Sachaufwendungen bei den Landkreisen. Nur leider verwehrt uns der Gesetzgeber im Gegenzug zu seinen Wohltaten hierfür den vollständigen Kostenersatz.

Sparen und Haushaltsdisziplin - dies sind wichtige Ansätze, um aus der Haushaltskrise herauszukommen. Soweit wir dieses selbst beeinflussen können, wollen wir unseren Beitrag leisten. Aktuell laufen z. B. Organisationsuntersuchungen beim Geschäftsbereich Straßen und auch im Fachbereich Haushaltswesen der Kämmerei. Auch weiterhin werden wir uns dieser kritischen Außenbeurteilung stellen, darauf hoffend, dass uns hier neue Einsparvorschläge unterbreitet werden.

Wie waren unsere Ziele bei der Haushaltsplanaufstellung für 2013?

Da war zunächst das Ziel mit der Priorität Nr. 1: Es darf keine Neuverschuldung geben! Mit dem Kreistagsbeschluss vom 12.12.2011 haben Sie - in Form eines Schuldenabbaukonzeptes uns dieses strategische Ziel vorgegeben. Im Jahr 2013 können wir dieses Ziel erreichen. Hierbei hat uns aber auch geholfen, dass wir auf rund 3,3 Mio. Euro zurückgreifen konnten, die sich aufgrund des verbesserten Rechnungsergebnisses 2011 in der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses befinden. Der Schuldenstand des Landkreises kann dann auf Jahresende 2013 bei rd. 75 Mio. Euro zumindest unverändert bleiben.

Dann hatten wir das Ziel, für die Kreisliegenschaften erneut insgesamt rd. 4 Mio Euro zu investieren. Zumeist handelt es sich hierbei um den Abbau des sog. Sanierungsrückstaus u.a. also für Brandschutzmaßnahmen und energetische Maßnahmen sowie kleinere bauliche Maßnahmen. Auch dieses Ziel können wir erreichen. Hierfür haben wir im Ergebnis-haushalt 0,8 Mio. Euro und im Finanzhaushalt 3,2 Mio. Euro eingeplant.

Des Weiteren hatten wir das Ziel, eine zeitnahe Abdeckung des Defizits 2013 für die Klinik zu ermöglichen. Auch dieses Ziel kann erreicht werden. Wir haben hierfür im nächsten Jahr insgesamt 13,8 Mio. Euro eingestellt. Hierbei sind auch 1,3 Mio. Euro für Stationssanierungen der Schorndorfer Klinik berücksichtigt. Mit großer Spannung erwarten wir alle die Fertigstellung der Klinik in Winnenden. Erhoffen wir uns doch damit den wirtschaftlichen Umschwung bei unseren Kliniken hin zum ausgeglichenen Betriebsergebnis! Allerdings ist uns auch klar, dass wir noch für einen gewissen

Übergangszeitraum Defizitbeträge an die Kliniken werden leisten müssen.

Schließlich hatten wir das Ziel für 2013, den Hebesatz für die Kreisumlage zu senken. Die richtig bemessene Höhe der Kreisumlage wird zwischen den kreisangehörigen Kommunen und den Landkreisen häufig sehr, sehr unterschiedlich beurteilt. Das ist auch nicht anders zu erwarten! Eigentlich soll die Kreisumlage zwei wichtige Funktionen erfüllen: Sie soll ausreichende Deckungsmittel für die Kreisaufgaben zur Verfügung stellen und sie soll auch einer Ausgleichsfunktion der umlagepflichtigen Kommunen untereinander dienen. Diesen beiden Anforderungen kann die Kreisumlage nicht mehr im gewünschten Umfang nachkommen, denn sie hat sich faktisch in Richtung einer Sozial- und Jugendhilfeumlage entwickelt. Ich bitte um Nachsicht, wenn der Kreiskämmerer hierüber erneut jammert und Wehklagen führt.

Ich bitte um Nachsicht, wenn der Kreiskämmerer an dieser Stelle hierüber erneut jammert und Wehklagen führt. Auf Grund der in diesem Jahr verbesserten Rahmenbedingungen schlägt Ihnen die Kreisverwaltung eine Senkung der Kreisumlage um einen Punkt auf 39 Punkte vor. Also auch hier kann eine Zielerreichung notiert werden. Bei diesem Hebesatz könnte der Landkreis eine Nettoinvestitionsrate von rund 3,9 Millionen Euro erwirtschaften. Dies beinhaltet die dringend erforderlichen Eigenmittel zur Investitionsfinanzierung. Auf Grund der Senkung der Kreisumlage und höherer Steuereinnahmen können die Kommunen die vordringlichen Investitionen vornehmen; einige Kommunen können auch Schulden abbauen und einige sogar Rücklagen bilden.

Meine Damen und Herren,

ein Ziel freilich, die Abschreibungen vollständig zu erwirtschaften, konnten wir noch nicht erreichen. Dies ist in den Folgejahren weiterhin dringend anzustreben, um Eigenmittel für die Investitionsfinanzierung zu erhalten und den Schuldenabbau in Angriff zu nehmen. Aber gut Ding will Weile haben. Wir werden dieses Ziel weiter nachhaltig verfolgen!

Wie entwickelt sich 2013 das Haushaltsvolumen?

Der Gesamtergebnishaushalt 2013 hat ein Volumen von 397 Mio. Euro und der investive Teil im Gesamtfinanzhaushalt ein Volumen von 16,8 Mio. Euro. Die ordentlichen Erträge steigen gegenüber dem Vorjahr um 21 Mio. Euro auf 395,1 Mio. Euro und positiv zu vermerken sind die höheren Zuweisungen des Landes mit 7,5 Mio. Euro und die um 6 Mio. Euro höhere Kreisumlage.

Stichwort Kreisumlage. Die Kreisumlage mit 166,2 Mio. Euro entspricht rd. 42 % der Gesamterträge. Bei der Grunderwerbsteuer sind wir optimistisch und haben mit 17,1 Mio. Euro den gleichen Planansatz wie im Jahr 2012 veranschlagt.

Die ordentlichen Aufwendungen betragen im Gesamtergebnishaushalt 397,3 Mio. Euro. Dies ist eine Steigerung von 4,95 %. Eine Steigerung i. H. v. 0,8 Mio. Euro gab es bei der Gebäudeunterhaltung. Auf Grund einer Empfehlung der Kreisprüfung erfolgt ab 2013 eine geänderte Zuordnung der Erhaltungsmaßnahmen. Bisher erfolgte die Veranschlagung ausschließlich im Finanzhaushalt, künftig erfolgt eine teilweise Veranschlagung auch im Ergebnishaushalt.

Fast 41,6 % des Ergebnishaushaltes werden für Jugend und Soziales bereitgestellt. Und genau diese Aufwendungen können wir aufgrund von Bundesvorgaben leider am wenigsten beeinflussen.

Insgesamt schließt der Gesamtergebnishaushalt mit einem ordentlichen Ergebnis von minus 2,1 Mio. Euro ab. Beim Haushaltsausgleich nach altem Recht kann trotzdem eine Nettoinvestitionsrate i. H. v. 3,9 Mio. Euro erwirtschaftet werden. Dieser Betrag steht zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung.

Nun zur Rolle der Politik.

Gibt es im vorgelegten Planentwurf Spielräume für die politische Entscheidung des Kreistages? Ja, es gibt Spielräume - wenngleich nur in bescheidenem Umfang. Die Umlage an den Verband Region Stuttgart fällt um 0,8 Mio. Euro im Ergebnishaushalt und um 0,6 Mio. Euro im Finanzhaushalt niedriger aus als geplant. Außerdem entlasten Veränderungen bei den Soziallastenausgleichen den Ergebnishaushalt um weitere 0,7 Mio. Euro. Über die Verwendung und ggf. weitere aktuelle Veränderungen werden Sie, meine Damen und Herren des Kreistages im Rahmen Ihres Budgetrechtes zu entscheiden haben.

Aus Sicht der Verwaltung halten wir es jedoch für dringend geboten, diesen Spielraum zum weiteren Schuldenabbau zu nutzen.

Auch im kommenden Jahr haben wir für die Bürgerinnen und Bürger des Rems-Murr-Kreises ein breites Aufgabenspektrum zu erfüllen:

Eine gute Bildung unserer Kinder und Jugendlichen ist ein zentraler Baustein für die weitere Entwicklung des Kreises. Deshalb müssen wir unsere Schulen gut ausstatten. Und 11.000n Schülerinnen und Schüler besuchen unsere Schulen und Schulkindergärten. Hierfür stellen wir insgesamt 13,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Interessant erscheint mir, dass bei unseren Schulen ein Rückgang der Schüler um 2 % gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist. Die Schulbudgets im Ergebnis- wie im Finanzhaushalt wurden jedoch nicht pauschal um 2% gekürzt. Dies bedeutet, dass der Landkreis keine 'demographische Rendite' eingefordert hat. Damit erscheint aber auch dem angemahnten 'Inflationsausgleich' Genüge getan. Die Schullandschaft befindet sich in ständigem Wandel. So wurden z.B. im vergangenen Schuljahr erstmals auch Ganztagesklassen an den beruflichen Schulen eingeführt, was sich pädagogisch sehr bewährt hat. Deshalb hat sich ihre Zahl in diesem Schuljahr auf knapp 20 fast verdoppelt.

Neben der Gewerblichen Schule in Backnang wird im neuen Schuljahr auch an der Gewerblichen Schule Waiblingen eine Klasse Berufsvorbereitende Einrichtung angesiedelt sein, um behinderte Schülerinnen und Schüler außerhalb der Sonderschulen auf den Ersten Arbeitsmarkt vorzubereiten.

Außerdem gibt es inzwischen 10 Außenklassen bzw. Gruppen unserer Sonderschulen und Schulkindergärten an allgemeinbildenden Schulen. Die Zukunft der Sonderschulen ist in der politischen Diskussion. Es ist vorgesehen, das Schulgesetz zugunsten einer verstärkten Inklusion weiterzuentwickeln.

Hierzu ein Zitat des Landesbehindertenbeauftragten Gerd Weimer:

'Das Projekt Baden-Württemberg auf dem Weg zum Inklusionsland Nummer eins duldet keinen Aufschub.'

Modellversuche laufen derzeit, der Landkreistag erarbeitet Kostentableaus, um die Kostenverschiebungen, die sich durch die Inklusion ergeben, darzustellen. Wir verlangen, dass die zusätzlichen Kosten für die Inklusion (z.B. für die Schülerbeförderung) vom Land übernommen werden. Hierzu auch erneut das Stichwort des Konnexitätsprinzips!

Für den Abbau des Sanierungsrückstaus stellt der Rems-Murr-Kreis 3,0 Mio. Euro zur Verfügung wovon mit rd. 0,6 Mio. Euro der Brandschutz verbessert wird und mit 2,0 Mio. Euro Energiesparmaßnahmen bei unseren Liegenschaften, insbesondere bei den Kreisberufsschulzentren durchge-

führt werden. Eine Besonderheit des Haushalts 2013 ist, dass wir die Fassadensanierung an der Fröbelschule in Fellbach zusammen mit dem Wiederaufbau nach dem Brandereignis komplett im Jahr 2013 durchführen werden.

Die Erhaltung und der Ausbau unseres rund 356 km langen Kreisstraßennetzes ist für uns eine wichtige Aufgabe. Um ein intaktes Straßen- und Radwegenetz im Landkreis zu erhalten, hat der Kreistag am 18.10.2010 den 6. Kreisstraßenausbauplan beschlossen. In die Verbesserung unserer Kreisstraßen werden wir im nächsten Jahr einen Eigenanteil i. H. v. rd. 3,3 Mio. Euro investieren.

Folgende Maßnahmen sind i geplant: (Eigenanteile)

Die Sanierung der Rems-Brücke Urbach an der K 1881	(520 TEUR)
Den Anschluss Backnang-Mitte an der K 1897	(100 TEUR)
Die Sanierung der Leinbrücke bei Welzheim - K 1887	(350 TEUR)
Die Beseitigung des Bahnübergangs Urbach - K 1881	(2 TEUR)
Die Ortsdurchfahrt Jux mit der K 1821	(509 TEUR)
Und schließlich einen Gehweg an der K 1916 als Verbindung von Schornbach nach Birkenweißbuch	(266 TEUR)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, gerade bei den Straßenplanungen hätten wir für Sie noch viele Projektvorschläge; allein das enge Haushaltsbudget setzt uns hier die Schranken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Ihnen vorliegende Haushaltsplanentwurf 2013 setzt 6 Signale:

1. Sofern der Kreistag dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmt, kann die Verschuldung zum Jahresende 2013 auf unter 75 Mio. Euro begrenzt werden. Falls darüber hinaus die aktuellen Verbesserungen in Form höherer Sozillastenausgleiche und einer niedrigeren Umlage an den Verband Region Stuttgart mit in die Schuldenreduzierung fließen könnten, wäre es sogar möglich, die Verschuldung um 2,1 Mio. Euro auf 72,8 Mio. Euro zum Jahresende 2013 abzubauen.
2. Der Einbruch bei der Steuerkraftsumme 2009 ist noch nicht aufgeholt. Der Rems-Murr-Kreis partizipiert im Vergleich zu anderen Landkreisen in Baden-Württemberg nur unterdurchschnitt-

lich von der Erholung. Deshalb verbessern sich auch die Kreisfinanzen im Rems-Murr-Kreis nur vergleichsweise zaghaft.

3. Die Bundesentlastungen bei der Grundsicherung verschaffen uns im Sozialhaushalt insoweit etwas Luft, indem es 2013 im Vergleich zum Vorjahr erstmals keine Steigerung bei den Netto-Sozialleistungen - also ohne den Jugendbereich - gibt.
4. Der Defizitausgleich für die Kliniken erreicht im Jahr 2013 mit insgesamt 13,8 Mio. Euro einen Höchststand. Zur Entlastung des Kreishaushalts muss es den Kliniken gelingen, rasch ein ausgeglichenes Betriebsergebnis zu erreichen.
5. Um nach dem Haushaltsrecht einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wären zusätzliche 2,1 Mio. Euro erforderlich. Wie im Vorjahr ist es derzeit noch nicht möglich, die Abschreibungen vollständig zu erwirtschaften. Deshalb wird für 2013 erneut der Haushaltsausgleich nach altem Recht angestrebt.

Und schließlich

6. ist es unter dem Strich trotzdem möglich, die Kreisumlage um einen Prozentpunkt zu reduzieren.

Abschließend bedanke ich mich bei meinen Kolleginnen und Kollegen des Landratsamtes und bei den Geschäftsführern der Eigengesellschaften für die gute Zusammenarbeit bei der Erstellung des Planentwurfes.

Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Kämmerei, die dafür Sorge getragen haben, dass Sie heute wieder rechtzeitig den Haushaltsplan-Entwurf 2013 auf dem Tisch liegen haben.

Nun wünsche ich uns allen eine konstruktive Beratung des Haushaltsplans 2013 und gute Entscheidungen für unseren Landkreis.

Vielen Dank!

§ 2

Über und außerplanmäßige Aufwendungen/Ausgaben 2012

Drucksache 2012-67-VSKA 24.09.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Den in der Drucksache 2012-67-VSKA24.09. unter Abschnitt V b) – d) aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen wird zugestimmt.

§ 3

Sachstandsbericht Rems-Murr-Kliniken gGmbH

a) Bericht zur betrieblichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken und Neubaubericht

b) Fortschreibung der Wirtschaftlichkeitsprognose

Der Kreistag nimmt den Bericht zur betrieblichen Entwicklung der Rems-Murr-Kliniken, den Neubaubericht sowie die Fortschreibung der Wirtschaftlichkeitsprognose zur Kenntnis.

§ 4

Anpassung des Betrauungsaktes für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH

Drucksache 2012-73-VSKA24.09.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Dem modifizierten Betrauungsakt gemäß Anlage 1 der Drucksache 2012-73-VSKA24.09. für die Rems-Murr-Kliniken gGmbH und der Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Rems-Murr gGmbH wird zugestimmt.

§ 5

Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses

Drucksache 2012-78a-KT22.10.

Der Kreistag beschließt einstimmig:

Der dargestellten Änderung in der Besetzung des Jugendhilfeausschusses wird zugestimmt.

	<u>Neu:</u>	<u>Bisher:</u>
<u>Jugendhilfeausschuss:</u>		
stellv. stimmberechtigtes Mitglied	Melanie Rautscher	Frank Baumeister

§ 6

Antrag auf Wiedereinführung des BK-Kennzeichens

Drucksache 2012-83-KT22.10.

Der Kreistag beschließt mehrheitlich bei 47 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen:

Der Landrat wird beauftragt, beim Ministerium für Verkehr und Infrastruktur des Landes Baden-Württemberg einen Antrag zu stellen, wonach für den Rems-Murr-Kreis neben dem aktuellen Kfz-Kennzeichen WN auch das in der Fahrzeug-Zulassungsverordnung (FZV) als 'auslaufend' bestimmte Kfz-Kennzeichen BK wieder ausgegeben werden darf.

§ 7

Verschiedenes

Unter 'Verschiedenes' erfolgten keine Wortmeldungen



Zur Beurkundung!

Der Vorsitzende:

Der Schriftführer:

gez.

gez.

Johannes Fuchs

Thomas Hasert